

Protokoll.

---

zu der Landtagsitzung vom 28. März 1922.

Anwesend alle Abgeordneten.

Regierung : Chef Stellvertreter Feger.

Tagesordnung:

1. Gerichtsorganisationsgesetz.
2. Gesetz betreffs Abänderung der Strafprozessordnung.
3. Nachtrag zur Zivilprozessordnung.
4. Teuerungszulage an Beamte und Lehrer Referent Walser
5. Hundesteuergesetz (Regierungsvorlage)
6. Aufhebung der Stempelgebühren für Sparkassaeinlagen. Referent: Walser

Präsidentum: Dr. Beck.

Zu 1. Dr. Beck referiert im allgemeinen über das Gerichtsorganisationsgesetz und streift unser Gerichtswesen historisch und bis auf den heutigen Tag und betont hauptsächlich als großen Fortschritt die Verlegung aller Gerichtsstellen ins Land.

Wachter : beantragt es mögen die Gesetze im Landtage auch verlesen werden wie in der Kommission, was auch geschieht.

Änderungen zu §§ 7, 15, 18, 18, 27, werden genehmigt und Änderung sofort vorgenommen.

Gesetz wird dann einstimmig angenommen.

Zu 2. Gesetz wird von Dr. Beck verlesen- Änderung im § 28 wird angenommen.

Gesetz wird dann einstimmig angenommen.

### Zu 3. Nachtragsgesetz:

Dr. Beckenliet und wird ohne Abänderung einstimmig angenommen.

Peter Büchel beantragt es möge das Referendumgesetz so schnell wie möglich ausgearbeitet werden. Das Volk habe daran sehr viel Interesse und warte darauf.

Dr. Beck erwähnt er habe einen Entwurf in Arbeit, sei aber selbst noch nicht zufriedengestellt davon, aber es werde in dieser Sache gearbeitet.

Walser beantragt die heutige ~~§§§§§§~~ angenommenen Gesetze sollen an Hand der Originalgesetze von der Regierungskanzlei kontrolliert werden. Wird unterstützt und soll geschehen.

### Zu 4. Teuerungszulagen:

Walser referiert und liest die Gesuche der Lehren und Beamten vor. Kommissionsbeschluss sei: Die vom alten Landtage bewilligten Teuerungszulagen sollen bis auf weiteres weiter bewilligt werden.

### Debatte:

Johann Büchel fragt wegen Zulage an Reallehrern.

Walser erklärt diese seien entstanden um die Reallehrer in Vaduz gehaltlich gleich zu stellen mit dem Posten in Eschen.

~~Wrisak~~ erklärt diese seien entstanden um die Reallehrerin

Vaduz gehaltlich gleich zu stellen mit dem Posten in Eschen. Wrisak erklärt es müsse in dieser Sache abgebaut werden. Die Arbeiter hätten auch keine Zulagen.

Marogg ist gegen Zulagen.

Borgetze: Den Lehrern und Beamten mit kleinem Grundgehalt solle eine Teuerungszulage ausgereicht werden, bei den höheren soll abgebaut werden.

Dr. Beck kritisiert in längerer Aussprache unsere Beamten - es sollen die Kanzleistunden genau eingehalten werden

Abgebaut müsse auch im Verwaltungsapparat werden. Man warte auf Vorschläge aus der Beamtenschaft.

Wachter, Peter Büchel, Walser sprechen für den Antrag der Kommission.

Walser beantragt schließlich es möge die Sache nochmals von einer neuen Kommission durchberaten werden. Wird unterstützt.

Vorschlag Frick, Matti, Marogg.

Diese werden einstimmig gewählt.

Die Sache soll dem nächsten Landtag zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden.

Zu 5. Hundesteuergesetz.

Dr. Beck referiert, dass dieses Gesetz eigentlich schon in Ausübung sei heute aber erst vor dem Landtag komme zur nachträglichen Genehmigung.

Präsident verliest das Gesetz.

Wachter spricht zu Punkt 1 wegen Taxe. Diese sei heute nicht den Verhältnissen entsprechen.

Bargetze unterstützt Wachter ebenso Walser und Peter Büchel.

Präsident erwähnt die Taxen seien pro 1922 bereits eingehoben lasse sich nicht gut mehr ändern.

Walser schlägt vor es möge für 1923 ein neues Gesetz geschaffen werden das den heutigen Verhältnissen entsprechen.

Frick schlägt vor es mögen dann bei der Taxierung einzelne auswärtsstehende Gehöfte berücksichtigt werden.

Regierungschef erwähnt, dass dies heute schon geschehe.

Wachter und Bargetze sind einverstanden wenn für 1923 ein neues Gesetz geschaffen werde.

Abstimmung: Gesetz wird einstimmig angenommen.

Zu 6. Sparkassaeinlagen:

Walser referiert: Es sei ein Unding, das heute, wo unsere Kasse Einleger heranziehen sollte, von Einlegern eine Stempelgebühr zu verlangen: es werden dadurch Einleger eher

verdrängt als angezogen. Erwähnt sollte überhaupt unser Sparkassasystem mehr Bankmässig ausgebaut werden um den heutigen Verhältnissen mehr entgegen zu kommen.

Gesetz wird einstimmig angenommen.

Einlauf 1) Expropriationsgesuch der Gemeinde Eschen.

Marxer erklärt dazu dass heute eine Expropriation wohl nicht mehr vorgenommen werden müsse.

2) Bezahlung von Rechnung an Kuhn, Buchs für Druckarbeiten 1914 - 1917.

3) Gesetzentwurf: Landesverwaltungspflege im Fürstentum Liechtenstein.

Schluss nachmittags 5 Uhr.

am 28. April 1922

Die Schriftführer:

Stefan Wachter

F. Gubelmann

Dr. Beck